

Bosnien: „Genug von den Aasgeiern!“

Fast 20 Jahre nach Kriegsende im alten Jugoslawien führen Privatisierung, „freie“ Märkte und der starke Einfluss der EU nicht nur im heutigen Bosnien-Herzegowina zu Arbeitslosigkeit, Hunger und Armut.

Katastrophale Lage

Eine neue Entlassungswelle Anfang Februar war der Auslöser für Massendemonstrationen in der nordostbosnischen Stadt Tuzla, die sich rasch über das ganze Land verbreitet haben. Es stehen schlagartig, durch die Ankündigung des Bankrotts von fünf großen Unternehmen, mehr als 10.000 Arbeitsplätze auf dem Spiel und das bei einer Einwohnerzahl von 120.000!

Seit dem Ende des Jugoslawienkrieges 1995 sind auf Druck der Weltbank/der EU viele Betriebe privatisiert worden. Diese wurden meist unter Wert an ausländische Konzerne verkauft, welche diese bewusst bankrott gewirtschaftet haben, um zum einen „Schwarzgeld“ zu waschen und zum anderen die Gebäude mit Gewinn zu verkaufen. Dies natürlich alles ohne Rücksicht auf die Jobs, die dadurch verloren gegangen sind. Dadurch beträgt die Arbeitslosenquote in Bosnien heute mehr als 44%, die Jugendarbeitslosigkeit liegt sogar bei 60%! In vielen Betrieben wurde monatelang kein Gehalt gezahlt, in Tuzla beispielsweise ganze 50 Monate (!) lang nicht. Viele Menschen müssen monatlich mit einem Durchschnittslohn von 420 €, bei ähnlichen Lebenshaltungskosten wie in Westeuropa, leben. Jeder Fünfte lebt unterhalb der Armutsgrenze.

Und gegen diese Lebensbedingungen gehen zurzeit alle zusammen, Arbeitende, Studenten, Rentner und Arbeitslose, auf die Straße. Sie protestieren mit dem Slogan „50.000 auf den Straßen für ein besseres Morgen“ und fordern eine Zurücknahme der Privatisierungen, eine Begrenzung des Gehaltes der Politiker und Arbeit und Sozialversicherung für alle! Hierbei wurden Regierungsgebäude besetzt und Straßen blockiert. Anstatt auf die mehr als berechtigten Forderungen der Demonstranten einzugehen, antwortet die Regierung jedoch mit Gewalt. Allein in den ersten beiden Tagen der Proteste wurden mehr als 130 Menschen in Tuzla verletzt...

Gemeinsam kämpfen!

Die heutige Staatsstruktur wurde durch das Dayton-Abkommen 1995 besiegelt. Es beschloss u.a. die Aufteilung der neuen Staatsgrenzen, die politische Abhängigkeit zur UNO/EU und wie das Regierungssystem auszuformen hat, ohne die sozialen und wirtschaftlichen Probleme zu lösen. So leben in Bosnien beispielsweise mehrere Nationalitäten - Kroaten, Serben und bosniakischen Muslime - nebeneinander. Seit vielen Jahren herrscht hier ein blutiger Kampf zwischen ihnen, welcher von den Regierenden und der EU nur zu gerne genutzt wird um die wahren Probleme zu vertuschen und sie hinter der

Karte des Nationalismus und der Spaltung zu verstecken.

Doch dieses Mal bleiben die Proteste weder auf eine einzelne Bevölkerungsgruppe, noch auf Regionen beschränkt. Mittlerweile wird in 33 bosnischen Städten, wie Sarajevo, Zenica, Bihac oder Mostar gemeinsam gekämpft. Ein beeindruckendes Beispiel des gemeinsamen Kampfes ist Mostar, wo Kroaten und Serben gemeinsam demonstriert haben, obwohl es hier seit dem Ende des Krieges immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen gekommen ist. In diesen Tagen werden statt nationalistischer Parolen, Sprüche wie „Tod dem Nationalismus“ verbreitet. Viele Menschen haben in dieser Situation erkannt, wer ihr wahrer Gegner ist. So werden Parolen gegen Konzernbesitzer und Politiker gerufen, wie: „Genug von den Aasgeiern!“ oder „Diebe, Diebe!“.

Die Rolle der EU

Mit dem Abschluss des Dayton-Abkommens sicherte sich auch die EU ihre Position im Balkangebiet. So hat sich die EU einen Staat geschaffen, der Macht was sie will, denn bis heute haben die ehemaligen jugoslawischen Staaten keine eigenständige politische Souveränität. Der 1995 von der EU eingesetzte „Friedensimplementierungsrat“ kann bosnische Institutionen aufheben, Repräsentanten des Landes entlassen oder selbstständig Gesetze einführen. Das führt nur zu deutlich vor Augen, dass die bosnische Regierung nicht mehr als eine Marionette der EU ist. Zudem hat sie jahrelang die Privatisierung und Arbeitslosigkeit vorangetrieben und somit die Konflikte verschärft. Auch sind immer noch NATO-Truppen im Balkangebiet stationiert, um den „Frieden“ zu sichern. Deswegen ist es auch kein Wunder, dass Valentin Inzko, der Vorsitzende des „Friedensrates“ überlegt, mit den Truppen jetzt einzurücken. Aber natürlich nicht, um den Frieden zu sichern, sondern um die sozialen Proteste niederzuwerfen!

Die sozialen Probleme sind für alle dieselben

Viele der Menschen in Bosnien haben erkannt, dass die sozialen Probleme, wie Hunger und Armut, für alle Teile der Bevölkerung dieselben sind. Ihr Elend wird durch Unternehmer und korrupte Politiker verursacht, die weder „nationale“ noch „ethnische“, sondern nur ihre eigenen Interessen verfolgen, indem sie privatisieren, korrumpieren und den anderen Bevölkerungsgruppen die Schuld für die sozialen Probleme in die Schuhe schieben. Vielleicht sind die heutigen Proteste der Anfang einer Bewegung, die den Nationalismus, der die Menschen auf dem Balkan schon so oft in eine blutige Sackgasse geführt hat, überwindet und dagegen die Solidarität der Ausgebeuteten und Betrogenen setzt.

Von Kollegen für Kollegen...

Krieg und Frieden

Seit letzter Woche Montag streiken alle 6.000 Beschäftigte des Jerusalemer Medizinentrums Hadassah unbefristet. Sie wehren sich gegen krasse Gehaltskürzungen, die ihnen aufgedrückt wurden, nachdem die Uniklinken 1,3 Milliarden Schekel (etwa 270 Millionen Euro) Schulden angehäuft haben. Am Sonntag trat sogar landesweit das gesamte israelische Krankenhauspersonal in einen zweistündigen Solidaritätsstreik. Das Medizinzentrum Hadassah gilt als eines der besten Israels und war 2005 sogar für den Friedensnobelpreis nominiert worden. Tja, also mit dem Frieden ist es jetzt vorbei. Die Kollegen sind wütend und das zu Recht. Die Chefs haben den Kampf angefangen und nun setzen die Kollegen ihre einzige Waffe ein: den Streik!

Was lange wE hrt, wird endlich gut!

Kämpfen? Lohnt doch gar nicht!? Bringt ja doch nix!?

5.000 KollegInnen von sechs Krankenhäusern in Madrid haben das Gegenteil bewiesen. Nach 15 Monaten Protest, fünf Wochen langem Streik, Demonstrationen, Besetzungen, Klagen und einer Volksabstimmung musste das Oberste Justizgericht schließlich anerkennen, dass der Privatisierungsvorgang zu „*gravierenden, unwiederbringlichen Schäden*“ führen könnte. Wenn die Beschäftigten locker gelassen hätten, dann wäre diese Einsicht nie gekommen...

Kennst du eine, kennst du alle!

Zu viele Flächen, zu wenig KollegInnen. Hygienemängel all überall. Nein, es geht nicht um die CFM, sondern um die Uniklinik in Frankfurt/Main. Dort haben die Reinigungskräfte gegen die Zustände protestiert, die sich seit der Auslagerung dieses Bereiches extrem verschlechtert haben. Die Klinikleitung schiebt jede Verantwortung von sich und behauptet sogar, es gäbe bei den regelmäßigen Kontrollen keine Hygienemängel. Na, und wie sie diese Mängel kurz vor den Kontrollen in den Griff kriegen, dass wissen wir nur zu gut. Wir haben schließlich die gleichen Pappenheimer hier bei uns.

Wann sind wir endlich der Leuchtturm?

Wir teilen mit sehr vielen Beschäftigten in den Krankenhäusern, den Pflegeheimen und vielen anderen Einrichtungen vor allem ein Problem: Wir sind zu wenige für zu viel Arbeit! Das weiß auch die Gewerkschaft ver.di und hat Verhandlungen mit der Charité zu einem Tarifvertrag Mindestbesetzung aufgenommen. Nun wird verhandelt und verhandelt. Mal von der Tarifkommission umjubelt, mal wütend, mal resigniert kommentiert. Der Inhalt der Gespräche bleibt im Nebel! Nun wird es dringend Zeit, dass wir den Kollegen der Tarifkommission ein Licht entzünden! Wir wollen keine faulen Kompromisse, sondern den Streik!

Alleskönner Leiharbeiter

Innovation ist die Stärke der CFM – vor allem wenn es darum geht, Personal zu sparen. Wenn die Leiharbeiter mal in den Urlaub fahren, wird der Ersatz von wem eingearbeitet? Natürlich vom Leiharbeiter selbst. Wenn neue Kollegen eingestellt werden – wer darf sie mit der Charité vertraut machen? Natürlich die Leiharbeiter, die kennen sich ja gut genug aus. Ist ja auch kein Wunder. In all den Jahren, wo sie von einem Standort zum nächsten gejagt, wo sie ständig unter Druck gesetzt und mit leeren Versprechen der Übernahme hingehalten werden, verlangt die CFM auch noch das von ihnen. Also,

wenn die Leiharbeiter eh schon alles machen, warum sie dann nicht gleich unbefristet übernehmen?

Irgendwann bauen wir alle ab...

Im reichen Bayern ist auch nicht alles gut. Die städtischen Kliniken schreiben rote Zahlen und nun kommt ein massiver Sparplan. Dafür wurden extra Fachmänner der Boston Consulting Group eingeflogen, die natürlich keine Ahnung von den Bedürfnissen der Münchner haben, um den Rotstift anzusetzen. Und das sieht dann so aus: 30 der 69 Abteilungen sollen zusammen gelegt werden und fast 800 der 3300 Betten sollen abgebaut werden. Zusätzlich fliegen jede Menge KollegInnen und die Gesundheitsversorgung wird extrem eingeschränkt. Weder in München noch in der restlichen Welt sollte eine ausreichende Gesundheitsversorgung zum Privileg werden!

Dicke Taschen gegen dicke Bäuche?

Für die prallgefüllten Geldbeutel der Asklepios-Aktionäre müssen seit Januar die schwangeren Frauen von Sylt aufs Festland fahren um ihre Kinder zu bekommen, weil sich für den Konzern 100 Geburten im Jahr nicht „*lohnen*“. Auch mehrere Kinderstationen in ländlichen Regionen Ostdeutschlands wurden aus diesem Grund zugemacht. Nun muss man also mit seinem kranken Kind stundenlang durch die Gegend tuckeln. Grundversorgung? Fehlanzeige. Seitdem immer mehr Krankenhäuser in Deutschland in private Hände gelangen geht deren finanzielles Wohl über das der Patienten.

Very Big Business!

2005 kaufte der Konzern Fresenius für schlappe 1,5 Mrd. Euro die Helios Kliniken! Nur 8 Jahre später ist die Kriegskasse wieder ausreichend gefüllt. Nun will Helios 43 Kliniken der Rhön-AG kaufen. Bei diesem Deal für 3 Mrd. Euro soll nun der größte private Krankenhauskonzern Europas entstehen. Eine Entwicklung, vor der den Beschäftigten, kleineren Kliniken und den Patienten reichlich bange ist oder zumindest sein sollte. Doch es gibt da ja einen wachsamem Aufpasser: das Kartellamt. Das hat nun gewaltig dazwischen gehauen. Und den Deal gestoppt? Nicht ganz. Helios darf nur 40 Häuser von Rhön übernehmen und muss sogar zwei eigene abgeben. Bleiben also 5 Kliniken übrig. Die kauft nun eine Beteiligungsgesellschaft namens HCM SE, die wiederum, als hätte man es nicht geahnt, dem Gründer der Rhön-Kliniken AG Eugen Münch gehört.

Danke liebes Kartellamt, das war echt knapp.

Ohmmm

Das Land Berlin wollte um das Jahr 2000 viel Geld sparen und gründete die Vivantes GmbH. Dieser Konzern bekam einiges an Immobilien übergeben, für dessen Erhalt aber der Senat (gesetzwidrig) nicht mehr zahlen will. Gleichzeitig erhält die GmbH den Auftrag, Gewinne zu erwirtschaften. Zu diesem Zwecke vermietete Vivantes u.a. eine Immobilie an einen privaten Psychiatrieträger. Nun will Vivantes das Haus verkaufen, denn der Konzern benötigt Kohle für dringende Sanierungsmaßnahmen. Einen möglichen Käufer gibt es auch bereits. Eine buddhistische Gemeinde.

Blöd nur, dass in dem Haus seit vielen Jahren um die 40 psychisch Kranke wohnen, die nun wohl ihr Dach über dem Kopf und ihre Sicherheit verlieren werden.

DIES IST DEIN FLUGBLATT. WENN DU WILLST, DASS DAS VITAMIN C ALLE KOLLEGINNEN GUT INFORMIERT, DANN HILF DABEI! WENDE DICH AN:

flugblatt_charite@gmx.net , www.sozialistische-arbeiterstimme.org